



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die englische Ministerkrisis.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die englische Ministerkrisis.



ie Tories am Steuerruder des britischen Staatschiffs haben sich nicht lange ruhiger Fahrt erfreut. Aus ihrer eignen Mitte entwickelte sich Unheil, welches den obersten Führer zu dem Versuche nötigte, den Kreis seiner Amtsgenossen durch Elemente zu ergänzen, welche den Charakter des Ministeriums wesentlich umgestalten müssen. Lord Randolph Churchill, der Heißsporn, der Feuerbrand, und bei alledem in verschiedenen Beziehungen das bedeutendste toryistische Mitglied des Kabinetts nach Salisbury, nahm plötzlich seinen Abschied, unbekümmert darum, daß er damit die Vorherrschaft seiner Partei in der Regierung erschütterte, ja die Möglichkeit herbeiführte, daß dieselbe ganz in die Hände von Liberalen gelangte. Denn man durfte sich bei seinem Rücktritte an Lord Russell erinnern, der 1855 wie Churchill ministerieller Führer des Unterhauses war und ebenfalls plötzlich ein Koalitionsministerium verließ. Russell erfreute sich nicht des Ansehens, welches Churchill bisher genoß, und er ließ in der Regierung Männer wie Palmerston und Gladstone zurück, aber demungeachtet verursachte seine Sezession den halbigen Fall des Kabinetts Aberdeen. Und dabei befindet sich Großbritannien jetzt in einer Lage, welche eine Spaltung in der Regierung und eine Schwächung derselben besonders gefährlich erscheinen läßt. In Betreff Irlands fragt es sich noch immer, ob man eins der drei Königreiche an die halb irische, halb amerikanische Verschwörung ausliefern soll, welche sich dormalen in offenem Kriege mit der Regierung der Königin Viktoria befindet. Auswärts aber verdunkeln zwei große Schatten das europäische Festland, der schwer zu berechnende Wille eines Selbstherrschers im Osten und die Revanchebegier einer Republik im Westen, die, wenn sie zusammenwirkten, einen Krieg so groß und furchtbar, wie er noch nicht dagewesen ist, über die Welt bringen würden.

Grenzboten I. 1887.

einen Krieg, dem England nicht gleichgiltig zusehen könnte, ohne sein eigenes Interesse aufs schwerste zu gefährden. Es bedarf daher an der Spitze seiner Angelegenheiten nicht bloß staatskluger und thatkräftiger Minister, sondern leitender Staatsmänner, die stark sind durch die Unterstützung eines vollkommen einigen Kabinetts, einer harmonisch gestimmten Partei und einer öffentlichen Meinung, die in allem, worauf es zunächst ankommt, fest zu ihnen steht. Statt dessen haben wir bis auf weiteres in London ein Ministerium vor uns, welches schon bei seinem Amtsantritte nicht stark war, weil es im Unterhause nicht über eine Parteimehrheit gebot, und welches nunmehr eines seiner angesehensten Mitglieder, dasjenige verloren hat, welches ihm in seiner Eigenschaft als Tory mit liberalen und selbst radikalen Neigungen den guten Willen und den Beistand eines großen Theiles der übrigen Parteien vermittelte. Es steht, wenn es sich nicht passend ergänzen kann, vermehrtem Risiko in den Kreisen der auswärtigen Politik und einer schwerer gewordenen Aufgabe im Bereiche der innern mit verminderten Kräften und unter ungünstigern Aspekten gegenüber. Wenn es darüber zu Falle kommt und Gladstone wieder zur Leitung der Geschäfte gelangt, so wird die Selbstsucht und der Eigensinn Churchills dafür verantwortlich zu machen sein.

Von den Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den übrigen Ministern, welche schließlich seinen Rücktritt zur Folge hatten, werden vorzüglich zwei genannt. Der eine betrifft die Forderungen für die Verstärkung des Heeres und der Flotte, welche Churchill beschränkt wissen wollte, der andre die beabsichtigte neue Ordnung der Selbstverwaltung in den Grafschaften und Gemeinden Englands und Schottlands. Hinsichtlich des erstern Punktes ist zu bemerken, daß England dringend der Befestigung der Kohlenstationen für seine Kriegsschiffe und ebenso dringend der Beschaffung besserer Gewehre für seine Infanterie bedarf, und daß es viel reicher als seine Nachbarn und Nebenbuhler ist, welche in den letzten Jahren weit höhere Summen für militärische Zwecke verwendeten. Sparsamkeit in diesen Dingen war der stete Ruf Cobdens, der immer wiederholte, das gesamte Budget Großbritanniens dürfe von Rechtswegen fünfzig Millionen Pfund nicht übersteigen, und der Kriegsminister und sein Kollege vom Marineministerium „müßten sich den Rock nach dem ihnen bewilligten Stück Tuch zuschneiden.“ Man versuchte es mit seinem Plane von 1832 bis 1854, und der Erfolg war die geradezu erbärmliche Art, in welcher das englische Heer sich am Krimkriege beteiligte. Wenn Churchill also jetzt in die Fußtapfen Cobdens getreten ist, so hat er damit bewiesen, daß er ein Staatsmann ohne Gedächtnis und ohne Augen für eine nahe Zukunft ist. In Bezug auf den zweiten Punkt hat das Ministerium Salisbury die Absicht, die Mitglieder der neuen Verwaltungsbehörden nur zum Teil unmittelbar aus der Wahl der Steuerzahler hervorgehen zu lassen, die übrigen sollen aus Richtern, welche die Regierung ernennt, und aus schon vorhandenen Beamten bestehen. Churchill

dagegen, der neulich in Dartford sagte, das Ministerium könne sich für seine Aufgaben in Irland und auswärts die Unterstützung der öffentlichen Meinung nur durch „Einführung offenkundig demokratischer Maßregeln“ gewinnen, trat für einen noch unter Gladstone von den Demokraten Dilke und Chamberlain ausgearbeiteten Gesetzentwurf ein, nach welchem die Verwaltungsbehörden lediglich von den Steuernden gewählt werden sollen. Er mag damit richtig gesehen haben; denn Englands öffentliche Meinung ist in den letzten Jahrzehnten entschieden demokratischer geworden, und ein Ministerium, das sich halten will, hat darauf Rücksicht zu nehmen. Die konservative Partei besteht nicht mehr aus Landedelleuten, sie stützt sich zum guten Teil auf die städtische Demokratie und auf die Möglichkeit, auch die ländliche zu gewinnen, und wenn Lord Salisbury den Mißgriff begehen wollte, einen Gesetzentwurf einzubringen, der weniger liberal wäre als die seiner Vorgänger im Amte, so wäre sein und seiner Kollegen Schicksal entschieden. Das ist nicht erfreulich, aber Thatsache. Ein konservatives Ministerium in England, welches am Ruder zu bleiben wünscht, muß sich zu Zugeständnissen an den von Amerika herübergewehten demokratischen Geist entschließen. Bereits scheint Chamberlain, der Vertreter dieses Geistes, Churchills Rücktritt als „Zeichen zu betrachten, daß die alten Tory-Einflüsse im Kabinet die Oberhand gewonnen haben, und daß man einer Tory-Regierung Auge in Auge gegenüber stehen werde, deren Vorschläge kein gesinnungstüchtiger Liberaler unterstützen kann,“ woran er die Andeutung knüpfte, man werde sich dann wieder Gladstone zuwenden müssen.

Außer den genannten beiden Punkten hat ohne Zweifel auch Churchills Stellung zur irischen Frage zu seinem Rücktritte beigetragen. Er hatte sich mit den Irländern mehr eingelassen, als es den Gegnern des Home Rule gefallen und passen konnte, und wenn das Kabinet sich jetzt mit der Absicht trug, den „Feldzugsplan“ der Parnellites mit Gewaltmaßregeln zu vereiteln, so hat es damit sicherlich beim Erschakanzler lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Nicht wahrscheinlich dagegen ist die Vermutung, daß auch Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der auswärtigen Politik den letztern zur Fahnenflucht bewogen haben könnten. Vielmehr dürfen wir annehmen, daß die Meinung, die trotz aller kriegerischen Gesichter, welche gelegentlich von den offiziellen Blättern in London gemacht werden, in allen Schichten der englischen Bevölkerung weitaus vorherrscht, sowohl von Salisbury als von Churchill geteilt wird. Diese Meinung aber lautet kurz gefaßt folgendermaßen: Es ist die Pflicht und das Interesse Englands, die bulgarische Frage so lange unangetastet zu lassen, bis Österreich und Deutschland Farbe bekannt haben. Wir dürfen nicht zuerst, auch nicht an zweiter Stelle ausspielen und nur äußerstenfalls an dritter. Geht ihr voran, ihr auf dem Festlande, und siegt für uns, oder laßt euch schlagen statt unser. In beiden Fällen werden Handel und Industrie bei uns insofern profitiren, als sie bei euch stocken und leiden.

Was wird nun geschehen? so durfte man sich in der ersten Stunde fragen, und die Antwort der Presse lautete verschieden. Die einen rieten, das Kabinet Salisbury solle mit gebrochener Schraube seine Fahrt fortsetzen. Andre gingen soweit, zu behaupten, der Rücktritt Lord Randolphs sei, genau besehen, kein Verlust, sondern ein Gewinn für das Kabinet, denn er sei doch eigentlich keine Stärkung, sondern eine Schwächung desselben gewesen, da sein exzentrisches Wesen und seine demokratischen Bestrebungen die Partei beunruhigt und das Land mehr in Erstaunen versetzt als erfreut und gewonnen hätten. Befreit von seinen hochfliegenden Ideen und seiner verletzenden Art, sich zu äußern, werde die Salisbury'sche Verwaltung eine konservativere sein können als bisher. Das hatte manches für sich. Der abgegangene Schatzkanzler hat eine Isländerin zur Mutter und infolge dessen etwas von dem Temperament des Vren, er ist nervös, vorlaut und formlos, und er ist damit oft recht unbequem geworden, ja es ging ein Zug von Lächerlichkeit durch sein Auftreten, der ihm bei nicht wenigen Leuten schadete, indem man ihn nicht recht ernst nehmen zu dürfen glaubte. Während er die Vorschläge Gladstones in Betreff Irlands zwar heftig bekämpfte und die irischen Protestanten geradezu aufforderte, ihrer Ausführung mit den Waffen Widerstand zu leisten, erklärte er sich als Minister gegen die Absicht seiner Amtsgenossen, die irische Aktionspartei mit Gewaltmitteln zu bekämpfen. Gladstone schleuderte er im Parlament die größten Worte zu. Nicht sparsam war er mit solchen gegen Rußland, als die afghanische Frage auf der Tagesordnung stand. Als am 8. Juni 1885 Gladstone im Unterhause in der Minderheit blieb, sprang der kleine Lord mit dem großen Schnurrbarte auf eine Bank und schwenkte seinen Hut. Kurz, es fehlt ihm an Konsequenz und Selbstbeherrschung, und das entfremdete ihm manchen Freund. Indes hatte es sich mit diesen Mängeln seiner Sturm- und Drangperiode in der letzten Zeit gebessert, und wenn seine Lebhaftigkeit auch jetzt nicht immer die Regeln der Höflichkeit und des guten Geschmacks innehielt, so gefiel sie doch dem Hause und dem Lande als etwas Ungewöhnliches, Neues und Frisches. Dazu kam, daß er auch als Parteimann nichts Gewöhnliches, kein Konservativer der alten Schule, sondern einer von den modernen Konservativen war, welche rasche Abstellung eingestandener Mißstände für die beste Art des Konservatismus halten. Was dann die Idee betrifft, sein Abgang werde die liberalen Unionisten in den Stand setzen, in die Regierung einzutreten, so scheint uns das sehr zweifelhaft zu sein, obwohl Salisbury den Lord Hartington, der in Rom verweilte, aufgefordert hat, zu Verhandlungen nach London zurückzukehren, und dieser der Aufforderung nachgekommen ist. Churchill trat aus dem Kabinette, weil ihm dessen Führer zu sehr Tory war. Kann dieser jetzt erwarten, daß Hartington ohne Verzug die Lücke mit seiner Person ausfüllen werde? Wenn die Unionisten mit Einschluß Chamberlains sich schon außer Stande sahen, sich mit den Konservativen bei der Bildung des Ministeriums zu vereinigen — wie werden sie

jetzt, wo das liberalste Mitglied desselben sich zurückgezogen hat, dazu Neigung empfinden? Und doch würde, wenn Salisbury seinen Posten niederlegte, was sehr wenig wahrscheinlich ist, Hartington es nicht wagen können, mit nur sechs- und siebenzig zu seiner Unterstützung bereiten Stimmen im Unterhause die Ministerpräsidentschaft zu übernehmen. Gladstone aber bleibt wohl kalt gestellt, solange Irland existirt und auf der einen Seite Parnell, auf der andern die Unionisten ihn bedrohen. Das Ende der Ministerkrisis wird also wohl darin bestehen, daß ein konservatives Kabinet, moralisch und persönlich geschwächt, weiter bestehen wird, weil die Verwaltung des Landes von einer Zentralbehörde fortgeleitet werden muß und niemand anders vorhanden ist, diese Arbeit zu thun. Das wäre dann die neueste und schlimmste Leistung des englischen Systems mit seiner Parteiregierung.

Wer als Ergebnis der Krisis ein Koalitionsministerium erwartet, zieht unsrer Meinung nach nicht alles in Rechnung, was die dermalige politische Lage in London bezeichnet. Man spricht, als ob die liberalen Unionisten nur den Lord Hartington und eine Anzahl von Whigs umfaßten, welche sich, wenn überhaupt, wenig von den Konservativen unterscheiden. Die Unionisten bilden aber eine Partei für sich, die in der irischen Frage zu gutem Kampfe zusammengehalten und den Staat durch Fallenlassen der sie von den alten Gegnern trennenden Meinungen und ebenso der sie untereinander scheidenden Glaubenssätze vor der von Gladstone betriebenen Zerstückelung bewahrt haben. Nehmen wir an, daß Hartington mit Salisbury in allen Hauptsachen sich verständigen und zusammenwirken könnte — was keineswegs sicher ist, da der Erbe des Hauses Cavendish zwar maßvoll in seinen Äußerungen und billigend gegenüber Andersdenkenden, aber trotzdem ein entschieden liberal gesinnter Politiker, selbst in Landfragen ist, wo man ihn wegen seiner Stellung und seines großen Grundbesitzes auf konservativer Seite vermuten sollte. Aber dürfen wir auch glauben, er werde sich bewegen lassen, die zweite, oder wie Salisbury ihm angeboten haben soll, die erste Stelle im Kabinet anzunehmen, so müssen wir uns doch derer erinnern, welche seine politische Gefolgschaft bilden, und unter denen Chamberlain der bedeutendste ist. Derselbe gab kurz vor den letzten Wahlen zu Gunsten einer großen Sache, der Reichseinheit, seine unabhängige Stellung auf und erkannte in aller Form Hartington als seinen Führer an. Dieser General der Unionisten wird sich jetzt mit seinen Stabsoffizieren beraten, und es wäre fast als ein Wunder anzusehen, wenn sich der radikale Chamberlain bewegen ließe, sich mit Salisbury zu verbinden, es wäre wie eine Vereinigung von Feuer und Wasser. Dasselbe gilt von Trevelyan, der vermutlich lieber sein ganzes Leben hindurch ohne eine ministerielle Stellung bliebe, als daß er sich einem konservativen Kabinet einfügen ließe. Nicht ganz mit derselben Sicherheit läßt sich die Haltung Goschens und Henry James' voraussagen, obwohl man keinen Grund hat, sie nicht als echte und feste Liberale zu be-

trachten. Gewiß dagegen ist, daß sich unter den Politikern geringern Ranges, welche unter der unionistischen Fahne marschiren, noch wenigstens zwanzig Radikale reinsten Wassers befinden. Was hätte also ein Übereinkommen Hartingtons mit Salisbury zu bedeuten? Den Abfall derer, die im letzten Feldzuge seine besten Gehilfen waren, und seinen Abzug ins Lager der Konservativen mit einem Häuflein von etwa vierzig Getreuen. Das aber wäre durchaus kein Ergebnis, welches hinreichte, um die Zerreißung des Bandes zu rechtfertigen, welches die Unionisten der verschiedenen Schattirungen zusammenhält. Schließlich ist an die Wählerschaften zu denken. Es giebt in England viele Tausende von Liberalen, welche bei den letzten Parlamentswahlen ihre Stimmzettel mit Namen von Unionisten als Gegnern der Losreißung Irlands in die Urne warfen, welche diese Kandidaten aber gewiß nicht mehr unterstützen würden, wenn sie daran dächten, nur den linken Flügel der Torypartei bilden zu helfen; und wenn auch Hartington und andre dazu bereite Leute zum Ausgleich solcher Verluste konservative Voten zu hoffen hätten, so würden sie durch diesen Umstand für immer an ihre alten Gegner gebunden sein.

Es scheint somit nur ein Ausgang der Krisis im Interesse der liberalen Partei Englands wünschenswert, aber derselbe ist ebenfalls nahezu unmöglich. Wenn Salisbury nicht imstande zu sein scheint, die Verwaltung im Geiste der konservativen Partei fest und erfolgreich fortzuführen, und wenn Hartington Chamberlain und Trevelyan, seine demokratischen Adjutanten, nicht verlassen kann, so bleibt nur ein dritter Weg offen: die Bildung eines Kabinetts, das rein aus liberalen Unionisten zusammengesetzt ist. Es fehlt nicht an Männern zur Ausfüllung der verschiedenen Posten, und es läßt sich aus den Parteiführern, welche an der Spitze des Widerstandes gegen die irischen Pläne Gladstones standen, ein recht ansehnliches Ministerium zusammensetzen. Leider aber gebieten sie allesamt nur über eine Gefolgschaft von etwa siebzig Mann, und es ist keineswegs ganz sicher, daß sie sich bei den nächsten Wahlen alle der Unterstützung ihrer letzten Wähler erfreuen werden. In der englischen Geschichte aber findet sich kein Beispiel, daß jemand mit einer solchen Minorität gewagt hätte, ein Ministerium zu übernehmen, selbst wenn er des Beistandes einer andern Partei sicher gewesen wäre. Allerdings trat Robert Peel 1845 wieder ins Amt, als sich unter den Konservativen, die ihm anhängen, nur etwa achtzig zum Freihandel bekehrt hatten. Aber sein Ministerium dauerte auch nur etwas mehr als fünf Monate und fiel vor den Angriffen einer Koalition von Liberalen und Schutzöllnern. Lord John Russell, der ihm folgte, verfügte zwar über keine Mehrheit im Unterhause, hatte aber hinter sich eine eigne Partei, die wenigstens dritthalbhundert Mitglieder zählte, und konnte auf die Unterstützung Peels rechnen. Lord Hartington würde als Premierminister keine so große Gefolgschaft liberaler Parteifreunde besitzen und von Tag zu Tag von dem guten Willen der mächtigen konservativen Partei abhängig sein, welche fast die

Hälfte der Bänke im Hause der Gemeinen einnimmt. Allerdings würde sich trotzdem, wenn die Engländer von heutzutage nicht durch die leidige Wirtschaft eines auf die Spitze getriebenen Parlamentarismus zu Sklaven von Namen und Parteien geworden wären, aus den Vorhaltern der unionistischen Liberalen ein Kabinet bilden lassen, das leistungsfähig wäre und alle guten Patrioten auffordern könnte, ihm seine Arbeit durch Beistand zu erleichtern. Aber Hartington und seine Parteifreunde sind in England, nicht in Utopien, und so geschieht es, daß guter Rat für sie teuer geworden ist, wie für die Konservativen, und daß die Lebensinteressen des Staates aufs Spiel gestellt werden konnten, als ein schnelldenkender und rücksichtsloser junger Staatsmann seinen Willen durchsetzen wollte und, als das nicht ging, die Flinte rasch entschlossen ins Korn warf.



Sind die deutschen Gewerkvereine politische Vereine?



Is vor kurzem das Amtsgericht zu Rixdorf gegen die dortigen Vorstände der sogenannten Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine auf Grund des Vereinsgesetzes ein verurteilendes Erkenntnis fällte, erregte dies selbst in weitem Kreise ein gewisses Aufsehen und schien den eigentlichen Interessenten, welche dadurch eine heikle Seite ihrer Organisation wider Willen an die Öffentlichkeit gezogen sahen, am allerwenigsten zu behagen. Da die soziale Frage heute mehr denn je die politischen Parteien beschäftigt, und die deutschen Gewerkvereine bei Lösung dieser Frage sich zu einer bedeutsamen Rolle berufen glauben, so dürfte eine Erörterung der oben gestellten Frage, d. h. eine Darlegung der Beziehungen der Gewerkvereine zu den vereinsegesetzlichen Bestimmungen, von allgemeinerem Interesse sein.

Hierbei kommt, da der Verband der deutschen Gewerkvereine in Berlin seinen Sitz hat und dieses den Ausgangs- und Mittelpunkt der ganzen Bewegung bildet, zunächst das preussische Vereinsgesetz vom 11. März 1850 in Betracht, welches bestimmte Arten von Vereinen gewissen Vorschriften unterwirft. Die allgemeine und weitere derselben besteht in der sogenannten Anzeigepflicht; Vereine nämlich, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, haben zur Vermeidung der Bestrafung der Vorsteher der Polizeibehörde Statuten, Mitglieder und Versammlungen innerhalb gewisser Fristen anzuzeigen. Die andre, engere besteht in einer besondern Beschränkung für „politische“ Vereine; Vereinen,